



Presseschau vom 16.05.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

John Scott Lewinski: Maskenpflicht: Die Wissenschaft als erstes Opfer eines politischen Streits

Wir müssen uns fragen, wo wir als post-pandemische Gesellschaft sein könnten, wenn die Wissenschaft bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie irgendwie aus dem Keller der Politik entkommen wäre. ...

<https://kurz.rt.com/2ilu>

Jürgen Cain Külbel: Investigative Kakophonie: Bellingcat und die tschechisch-bulgarischen Munitionslager (Teil 3)

Die jüngsten "Enthüllungen" der britischen "Investigativplattform" Bellingcat über angebliche Attentate des russischen Geheimdienstes in Tschechien und Bulgarien beweisen die limitierten Fähigkeiten der Hobby-Ermittler und entlarven ihre neokonservativen Drahtzieher. Eine Untersuchung. ...

<https://kurz.rt.com/2ip7>

Nebojša Malić: Neue Räuberpistole: US-Beamte werfen russischem Geheimdienst "Schallangriffe" auf US-Agenten vor

Laut anonymen US-Beamten setzte der russische Militärgeschwabsdienst GRU weltweit US-Personal mysteriösen "Schallangriffen" aus, obwohl ein Wissenschaftler bereits früher die

vermeintlichen "Angriffe" als Grillenzirpen entlarvte – "Kopfgeldaffäre" und "Russiagate" lassen grüßen.

<https://kurz.rt.com/2ij0>

de.rt.com: **"Kommandeurinnen und Kommandeure der Hamas" – Tagesschau "vergendert" sich**

Gibt es Kommandeurinnen der Hamas? Ein Genderfreund bei der Tagesschau schien davon auszugehen und baute den Begriff in einen Artikel ein. Später korrigierte sich das Portal. Und auch die Anmerkung, mit der diese Korrektur erklärt wurde, erfuhr noch einmal eine Änderung. ...

<https://kurz.rt.com/2ipk>

abends/nachts:

de.rt.com: **"Voreingenommene Anti-China-Agenda": Friedens-Thinktank widerspricht US-Bericht über Uiguren**

"Voreingenommen" und "nicht unabhängig". Ein skandinavischer Thinktank widerspricht der Darstellung der Behandlung der Uiguren in China durch die Trump- und Biden-Administration. Diese Darstellung wurde in einem Bericht manifestiert, der von westlicher Presse unreflektiert verbreitet wurde.

Die Transnational Foundation for Peace & Future Research (TFF) in Lund, Schweden, hat sich in ihrem Bericht unter dem Titel: "The Xinjiang Genocide Determination as Agenda" mit dem Bild befasst, welches von den USA über die angebliche Situation in China verbreitet wird. So hatte der ehemalige US-Außenminister Mike Pompeo der Regierung in Beijing vorgeworfen, sich Menschenrechtsverbrechen bis hin zum Genozid an der muslimischen Minderheit der Uiguren schuldig zu machen:

"Ich habe festgestellt, dass die Volksrepublik China unter der Leitung und Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas einen Völkermord an den überwiegend muslimischen Uiguren und anderen ethnischen und religiösen Minderheitengruppen in Xinjiang begangen hat. Ich glaube, dass dieser Völkermord andauert und dass wir Zeugen des systematischen Versuchs sind, die Uiguren durch den chinesischen Parteienstaat zu zerstören."

Am 8. März 2021 veröffentlichte das Newlines Institute for Strategy and Policy in Washington, D.C. eine Zusammenfassung mit dem Titel: "Der Genozid an den Uiguren: Eine Untersuchung von Chinas Verstößen gegen die Völkermordkonvention von 1948" (Originaltitel: The Uyghur Genocide: An Examination of China's Breaches of the 1948 Genocide Convention).

Darin wird das Bild einer menschenrechtsfeindlichen Politik Pekings gegen die Uiguren gezeichnet, welches dann von der westlichen Presse weiterverbreitet wurde. Die Situation wird vonseiten der USA folgendermaßen beschrieben:

"Dieser Bericht ist die erste unabhängige Expertenanalyse der Völkermordkonvention von 1948 auf die anhaltende Behandlung der Uiguren in China. Er wurde (...) als Reaktion auf neu auftauchende Berichte über schwerwiegende und systematische Gräueltaten in der Provinz Xinjiang, die sich insbesondere gegen die Uiguren, eine ethnische Minderheit, richten, erstellt, um festzustellen, ob die Volksrepublik China nach internationalem Recht gegen die Völkermordkonvention verstößt."

Wenn man den "Daten" des US-Berichts nachgehen will, landet man lediglich bei anonymen Quellen, kritisiert TFF. Die Dokumentation sei hier sehr schwach und die angeblich wissenschaftliche Arbeit voreingenommen. Diejenigen, die die Dokumentationen erarbeitet haben, seien darüber hinaus auch alles andere als unabhängig. Dies beginne bei den beiden teilhabenden Instituten und setze sich fort bei den Interessengruppen, die daran mitgewirkt

haben.

Neben den kanadischen Mitverfassern am Raoul Wallenberg Center for Human Rights sei der Bericht durch sechs Interessengruppen entstanden. Hierunter fänden sich christliche Fundamentalisten, Konservative aus US-politischen Kreisen, Vertreter mit Nähe zur Muslimbrüderschaft, extreme Antikommunisten und solche der proisraelischen Lobby, so die Kritik des schwedischen Think Tanks.

Für TTF werde China in dem US-Bericht als der Ursprung allen Übels präsentiert: "Der Bericht erscheint, ob gewollt oder nicht, wie ein Unterstützer der knallharten US-Außenpolitik und missbraucht die Sorgen um Menschenrechtsangelegenheiten, um die Politik gegen China aufzubringen."

Der Uiguren-Bericht der US-Denkfabrik erntete trotz seiner fachlichen Mängel hohe Aufmerksamkeit. TFF erklärt sich das mit, dass der Bericht die Vorwürfe des Westens gegenüber China scheinbar wissenschaftlich untermauert habe und für diese einen empirischen Beleg liefere.

Die schwedische Denkfabrik kritisiert daher, dass westliche Medien den voreingenommenen US-Bericht nicht in Frage gestellt, sondern diesen unkritisch weiterverbreitet haben.

Der Direktor des Thinktanks Jan Oberg fasst in einem Interview mit den chinesischen CCTV-Nachrichten zusammen, man habe die Verpflichtung, durch sein Tun einen Teil zu einer besseren Welt beizutragen. Dies entspräche der Philosophie von TFF, das aus einem globalen Netzwerk aus Freiwilligen besteht, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Botschaft des Frieden zu verbreiten.

Wie die reale Situation in Xinjiang für die Uiguren jedoch aussieht, kann das schwedische Institut nicht beurteilen. Es betont, dass es ihm zunächst nur um die Durchleuchtung des US-Berichts gegangen sei.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/609bc8bbb480cc43d14460a2.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Das große Geschäft mit BioNTech**

BioNTech zielt auf einen Jahresgewinn von rund sechs Milliarden Euro. Im ersten Quartal 2021 verbuchte es einen Gesamtumsatz von 2,05 Milliarden Euro – und einen Gewinn von 1,13 Milliarden Euro.

Mit 159,65 Euro steht die Aktie wie eine Rakete am Finanzhimmel – knapp eine Vervierfachung in einem Jahr. Der Renner: das Anti-COVID-Präparat. Der Umsatz im ersten Quartal 2021 belief sich auf 2,05 Milliarden Euro. Im Vergleichsquartal 2020 hatte das Unternehmen noch einen Umsatz von 27,7 Millionen Euro gemacht.

Der Nettogewinn für die drei Monate bis zum 31. März 2021 betrug laut Quartalsbericht 1,13

Milliarden Euro. Im Vorjahresquartal hatte das Unternehmen noch einen Nettoverlust in Höhe von 53,4 Millionen Euro verzeichnet. Der Gesamtumsatz von BioNTech stieg damit im vierten Quartal 2020 deutlich. Erlöse aus der Zusammenarbeit mit dem US-Konzern Pfizer und Fosun Pharma kamen hinzu.

Nachdem der Impfstoff insgesamt in über 65 Ländern Notfallzulassungen oder bedingte Zulassungen bekam, verzeichnete BioNTech im letzten Quartal 2020 erstmals einen Nettogewinn.

Zum 6. Mai 2021 hatten BioNTech und Pfizer weltweit rund 450 Millionen Impfstoffdosen in 91 Länder ausgeliefert. Demnächst sollen auch Kinder mit sechs Monaten einen Impfstoff bekommen können. Und Auffrischungen für Menschen mit weniger Antikörperbildung sichern weitere Absatzmärkte. Diese sichert der Konzern auch in Asien. So soll ein regionaler Hauptsitz in Singapur entstehen, um die globale Präsenz sowie die Produktionskapazitäten für den Impfstoff auszubauen, wie das Handelsblatt berichtet.

Der Expansionskurs wird weiter fortgesetzt. Angesichts weiterer Lieferverträge für seinen Corona-Impfstoff hat das Mainzer Unternehmen die Umsatzprognose für 2021 um ein Viertel auf 12,4 Milliarden Euro erhöht. Zuvor war BioNTech noch von knapp zehn Milliarden Euro ausgegangen. Hintergrund sind Lieferverträge, die das Unternehmen für den COVID-Impfstoff Comirnaty abgeschlossen hat. Insgesamt sind nach Firmenangaben 1,8 Milliarden Dosen für 2021 geordert.

US-Partner Pfizer, der den Löwenanteil der Erlöse mit Comirnaty verbucht, hatte vor wenigen Tagen bereits seine Prognosen für das Geschäft auf 26 Milliarden Dollar angehoben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/609bc883b480cc43d144609d.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 15. Mai 2021 wurden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

(Es folgt eine genaue Aufstellung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

Beschossen wurden **Molodjoshnoje** und **Solotoje-5** unter Einsatz von Granatwerfern und Schusswaffen. Insgesamt wurden **70 Geschosse** abgefeuert.

Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Israels Luftwaffe bombardiert Haus von Hamas-Chef im Gazastreifen**

Die Gewalt zwischen Israelis und Palästinensern hört nicht auf: Medienberichten zufolge haben die israelischen Luftstreitkräfte (IDF) das Haus eines weiteren hochrangigen Hamas-Mitglieds angegriffen.

In der Nacht zu Sonntag bombardierten israelische Kampfflugzeuge nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters unter anderem das Haus von Yehya Al-Sinwar in der südlichen Gaza-Stadt Chan Yunis. Al-Sinwar wurde 2017 zum Chef des Hamas-Politbüros gewählt und wurde damit de-facto Regierungschef des Gazastreifens. Die IDF stellten das [Video](#) des Angriffs der Zeitung „The Jerusalem Post“ zur Verfügung.

Laut einer IDF-Pressemitteilung diente das Haus von Yehya Al-Sinwar und seinem Bruder Muhammed, der bei der Hamas für Logistik und Arbeitskräfte verantwortlich ist, als „bedeutende Terror-Infrastruktur“. Am späten Samstagabend hatte die israelische Luftwaffe bereits die Häuser von Raed Saad, dem Hamas-Chef für Spezialeinsätze, sowie zweier Hamas-Kommandeure beschossen.

Schlimmster Ausbruch der Gewalt zwischen Israel und Palästina seit Jahren

Mindestens 153 Menschen sind nach Medienangaben im Gazastreifen seit Montag ums Leben gekommen. Israel meldete bislang zehn Tote. Ein Waffenstillstand wurde ausgeschlossen, als die israelische Armee ein zwölfstöckiges Gebäude in der Gaza-Stadt zerstört hatte, in dem unter anderem auch die Nachrichtenagenturen Associated Press und Al Jazeera untergebracht waren.

Eine Sitzung des israelischen Sicherheitskabinetts zu den Angriffen soll Medienberichten zufolge am Sonntag stattfinden. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu verkündete in einer Fernsehansprache am späten Samstag, Israel sei immer noch mitten in dieser Operation, und diese werde „so lange wie nötig weitergehen“.

Die Hamas hatte ihren Raketenangriff am Montag nach wochenlangen Spannungen wegen eines Gerichtsverfahrens zur Vertreibung mehrerer palästinensischer Familien in Ost-Jerusalem begonnen. Als Anlass dienten die Zusammenstöße der israelischen Polizei mit Palästinensern in der Nähe der Al-Aqsa-Moschee.

Die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats wollen am Sonntag zusammenkommen, um den schlimmsten Ausbruch israelisch-palästinensischer Gewalt seit Jahren zu besprechen. Die US-Diplomatie konnte bislang keine Erfolge bei der Konfliktvermittlung aufweisen. Der Gesandte von Präsident Joe Biden, Hady Amr, kam am Freitag zu Gesprächen in Israel an. Präsident Biden selber sprach am späten Samstag sowohl mit Netanjahu als auch mit Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, teilte das Weiße Haus mit.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/10/2116100_0:0:3278:1844_1440x0_80_0_0_20505e2bbf643f817db5cd125e0df606.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. Mai 3:00 Uhr bis 16. Mai 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des

unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU 8.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme -Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Dolomitnoje, Losowoje, Alexandrowka, Wesjoloje, Petrowskoje, Besymennoje, Nowolaspa.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde am 15. Mai der Petrowskij-Bezirk von Donezk von Seiten der BFU beschossen. Es wurden folgende Schäden festgestellt:

- Ingulezkaja-Straße 5/1 – Fensterverglasung der Sommerküche;

- Ingulezkaja-Straße 5/2 – Dach;

- Ingulezkaja-Straße 6/1 – ein Zimmer, Dach, Zaun und Fensterverglasung wurden beschädigt;

- Ingulezkaja-Straße 8/1 – Dach.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Fällen von Verletzung des Regimes der Feueereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feueereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 115.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Sorge über Biowaffenforschung: China fordert Transparenz von USA**

Die Aktivitäten von US-Bio-Forschungseinrichtungen werfen bei vielen Fragen auf. Während die USA erklärt, dass alles im Einklang mit der Biowaffenkonvention geschehe, fordern China und Russland mehr Transparenz sowie eine bessere Kontrolle.

Chinesische Behörden haben erklärt, dass sie die Sorgen der russischen Regierung bezüglich der Forschungen der USA zu biologischen Waffen teilen. Peking hält es für nötig, solche Aktivitäten unter effektive internationale Kontrolle zu stellen. Hua Chunying, Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, erklärte auf einer Pressekonferenz am Mittwoch:

"China hat die US-Seite wiederholt zu einer umfassenden Aufklärung über ihre biomilitärischen Aktivitäten im In- und Ausland gedrängt, eine Sorge, die von Russland und vielen anderen Ländern geteilt wird. Doch leider hat die US-Seite bisher keine sinnvolle Antwort gegeben."

Damit beantwortete Hua die Frage eines russischen Journalisten nach ihrer Einschätzung zu den Äußerungen des ersten stellvertretenden Sekretärs des Russischen Sicherheitsrates, Juri Awerjankow. Dieser sagte, dass möglicherweise gefährliche und sogar tödliche Mikroorganismen von US- und NATO-Laboren in der Nähe der russischen Grenzen in die Umwelt freigesetzt werden könnten.

In einem vor Kurzem veröffentlichten jährlichen offiziellen Bericht habe die US-Regierung lediglich angegeben, dass alle US-amerikanischen Aktivitäten im Einklang seien mit der Biowaffenkonvention. Washington sei darin jedoch nicht auf die Fragen der internationalen Gemeinschaft über die Aktivitäten der USA in Fort Detrick eingegangen. Zudem habe der Bericht keine Aussagen enthalten zu der großen Anzahl der biologischen Forschungseinrichtungen der Vereinigten Staaten im Ausland.

"Wir fordern die US-Seite erneut auf, eine detaillierte Klarstellung zu geben und konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Legitimität, Transparenz und Sicherheit ihrer Biolabore und relevanten Aktivitäten zu gewährleisten."

Zudem sei es nötig, im Rahmen der Biowaffenkonvention einen Verifikationsmechanismus zu

etablieren. Dies sei ein "globaler Konsens" und stelle überdies ein effektives Mittel dar, um Fragen anzusprechen und gegenseitiges Vertrauen aufzubauen.

"Erneut fordern wir die US-Seite auf, die Wiederaufnahme relevanter Verhandlungen nicht länger im Alleingang zu vereiteln."

Peking bestehe darauf, dass die USA echte Schritte unternehmen, um "volle Transparenz und Sicherheit von Projekten im Zusammenhang mit biologischen Experimenten in US-Laboren zu gewährleisten". China habe dieses Thema mehrmals gegenüber den Vereinigten Staaten angesprochen. Die "ganze internationale Gemeinschaft" habe ein Interesse daran.

"Es ist sehr ärgerlich, dass die Vereinigten Staaten die Bedenken anderer Länder, einschließlich Russlands, mit einem Achselzucken abgetan haben."

Bereits am Montag hatte Hua den USA vorgeworfen, "biologische Kriegsführung und Bioterrorismus" unter Nutzung von Gentechnologie zu betreiben, wie die chinesische Zeitung Global Times berichtete.

Lug-info.com: In der LVR sind am 16. Mai um 9:00 Uhr 4488 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 3959 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 421 Todesfälle.

Sputnik.by: Die NATO-Staaten verstärken ihre Infrastruktur in der Nähe der belarussischen Grenzen – Generalstab

In den letzten vier Jahren wurden besondere Aktivitäten in der Nähe der Grenzen der Republik beobachtet: Eine umfassende Modernisierung der Stützpunkte, Flugplätze und Marineeinrichtungen in den an die Republik Belarus angrenzenden Ländern ist im Gange, stellte die zentrale Militärverwaltung fest.

Die NATO-Mitgliedstaaten entwickeln eine militärische Infrastruktur in der Nähe der Grenzen von Belarus, sagte Igor Korol, Erster stellvertretender Chef des Generalstabs der Streitkräfte der Republik.

Ihm zufolge wurden in den letzten vier Jahren Aktivitäten beobachtet. Während dieser ganzen Zeit sind die Verbesserung alter Einrichtungen sowie die Schaffung neuer Einrichtungen im Gange. Eine weitere alarmierende Tatsache wurde von Igor Korol festgestellt: Dies ist der Wiederaufbau von Flugplätzen. Fünf von ihnen auf dem Territorium Polens wurden modernisiert, sechs weitere auf dem Territorium nicht nur Polens, sondern auch der baltischen Staaten, die sich in einer ernsthaften Renovierungsphase befinden.

"Und jetzt können diese Flugplätze alle Arten von Flugzeugen empfangen und können bis zu 200 Flugzeuge ausländischer Staaten aufnehmen", sagte der Vertreter des Generalstabs der belarussischen Streitkräfte im Fernsehsender STV.

Darüber hinaus gebe es eine Modernisierung der Häfen und der militärischen Einrichtungen der Marine "in unserer unmittelbaren Nachbarschaft", betonte er.

Igor Korol ist der Ansicht, dass eine derart umfassende Modernisierung in erster Linie vorgenommen wurde, um die notwendige Infrastruktur für den Transfer einer Gruppe von Streitkräften aus den Vereinigten Staaten für den späteren Einsatz auf dem Territorium europäischer Länder zu schaffen.

Grenzsicherung

Mitte April stellte der Chef des Generalstabs der belarussischen Streitkräfte, Wiktor Gulewitsch, die Fortsetzung der NATO-Aktivitäten in der Nähe der Grenzen der Republik sowie in der Nähe der Grenzen der Russischen Föderation fest. Dies drücke sich in der Bereitstellung von Geheimdiensten und der Verbesserung der militärischen Infrastruktur aus. Anfang April wurde bekannt, dass Minsk und Moskau ein neues Grenzsicherungsprogramm für 2023-2027 vorbereiten, nach dem der Schutz eines Teils der Grenze der Republik zu Polen

gestärkt wird. ...



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e5/04/1d/1047515406.jpg>

Mzdnr.ru: Am 15. Mai wurden in der DVR 343 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt davon waren 152 positiv, bei 44 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 16. Mai um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 35.696 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3792 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 29.247 als gesund entlassen, es gibt 2657 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 97 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 32 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 51 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1773 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 720 mit Sauerstoffunterstützung (+23 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden durch 15 Express-Tests 10 Patienten entdeckt, die bereits zuvor eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1592 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

nachmittags:

snanews.de: **„Demokratische“ Prinzipien: Europaparlament erstellt Empfehlungen für Beziehungen zu Russland**

Der Ausschuss für internationale Beziehungen des Europäischen Parlaments hat in einem Vortragsentwurf fünf Prinzipien formuliert, nach denen die Europäische Union ihre Beziehungen zu Russland gestalten sollte.

In einem diesbezüglichen Dokument, das im Wortlaut der Agentur RT vorliegt, wird vorgeschlagen, die „pro-demokratische Gesellschaft“ in Russland zu unterstützen, der „Einmischung“ Moskaus in die Angelegenheiten der EU zu widerstehen, der Bedrohung für die Sicherheit entgegenzuwirken, Sanktionen zu verhängen, eine Finanzkontrolle auszuüben und internationale Ermittlungen einzuleiten. Als „Inspirationsquelle“ für die russischen Bürger solle dabei der Erfolg des Programms „Ostpartnerschaft“ dienen.

Bei dem Prinzip der „Unterstützung der Demokratie“ handelt es sich um einen Widerstand gegen die „russischsprachige Propaganda“. Zu diesem Zweck solle die EU zur Schaffung eines TV-Kanals für ganztägige Sendungen beitragen.

Außerdem muss Brüssel nach Ansicht des Ausschusses die Möglichkeit prüfen, die Zusammensetzung der künftigen russischen Staatsduma nach den für September angesetzten Wahlen als illegitim zu bewerten.

„Die EU muss bereit sein, auf die Anerkennung des russischen Parlaments zu verzichten und

den Ausschluss Russlands aus internationalen Organisationen mit parlamentarischen Versammlungen zu fordern, falls die Parlamentswahlen in Russland im Jahr 2021 als gefälscht erkannt werden sollten“, heißt es in dem Dokument.

Die Verfasser empfehlen auch, die Vorteile zu nennen, die Russland im Austausch gegen demokratische Umgestaltungen erhalten könnte.

„Die Europäische Union müsste ein strategisches Konzept ihrer künftigen Beziehungen zum demokratischen Russland akzeptieren und annoncieren – ein Konzept, das ein breites Spektrum von Bedingungen und Stimuli umfassen soll, so eine Erleichterung der Visumpflicht, ein Programm zum Investieren in den freien Handel und eine Modernisierung wie auch strategische Partnerschaft. Das Konzept müsste auch die Bereitschaft beinhalten, potenzielle Vorteile im Austausch gegen demokratische Umgestaltungen in Russland vorzuschlagen“, heißt es.

Um die russischen Bürger zu einem „demokratischen Wandel“ zu bewegen, wird vorgeschlagen, eine Strategie der Förderung einer erfolgreichen Entwicklung der Länder der „Ostpartnerschaft“ anzunehmen.

Es sei daran erinnert, dass die EU das Programm „Ostpartnerschaft“ zur Entwicklung einer noch engeren Zusammenarbeit mit den Nachfolge-Republiken der ehemaligen Sowjetunion gestartet hat. Dazu zählen die Ukraine, Georgien, Moldawien, Armenien, Weißrussland und Aserbaidschan.

Um „die Demokratie in der ganzen Welt zu schützen“, müsste die EU sich mit den USA vereinen und gemeinsame Maßnahmen ausarbeiten – etwa gemeinsames Handeln in Bezug auf Sanktionen, einheitliche Bedingungen für Finanzhilfeeleistungen und die Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten.

In dem Dokument wird unterstrichen, dass die EU im Einklang mit dem Prinzip „Democracy for All“ in einem jeden Dialog oder Abkommen mit Moskau die Frage der Einhaltung der Menschenrechte und der Durchführung freier Wahlen berücksichtigen sollte.

Hier empfiehlt der Ausschuss, mit dem Gaspipeline-Projekt Nord-Stream 2 anzufangen.

„Die EU und ihre Mitgliedsländer müssen ihre Projekte zur Investitionsunterstützung und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit revidieren, beginnend mit der Einstellung des Projekts Nord Stream 2“, hieß es.

Die europäischen Politiker machen auch darauf aufmerksam, dass die „russische Aggression“ einzudämmen sei. In diesem Punkt wird vorgeschlagen, gemeinsam mit der Nato und internationalen Partnern Moskau unter Druck zu setzen, damit es sich nicht in die Angelegenheiten der Region der „Ostpartnerschaft“ einmische und „die besetzten Territorien der östlichen Nachbarstaaten der EU“ zurückgebe.

Sollte Russland mit seinen „aggressiven Bedrohungen und militärischen Handlungen“ fortfahren, müsse die EU bereit sein, dieses Land vom internationalen Zahlungssystem SWIFT abzuschalten. Die EU müsste auch einen klaren Plan zur Verringerung der Angewiesenheit auf Erdgas und Erdöl aus Russland aufstellen – wenigstens für die Zeit, solange die jetzige Führung des Landes an der Macht bleibe.

Ende April hatte das Europäische Parlament eine Resolution beschlossen, in der vorgeschlagen wird, den Import von fossilen Energieträgern aus Russland einzustellen und Moskau von SWIFT abzukoppeln, „wenn Russland in die Ukraine eindringen sollte“.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0a/104497_0:171:3035:1878_1440x0_80_0_0_713eefac49192ac825aa858b1f593461.jpg

snnews.de: **EU übt scharfe Kritik an Moskaus Liste „unfreundlicher Staaten“**

Russlands Schritt zur Veröffentlichung der neuen Liste „unfreundlicher ausländischer Staaten“ ist in der EU auf breite Kritik gestoßen.

„Die EU bedauert Russlands Maßnahmen in Bezug auf ‚unfreundliche Handlungen ausländischer Staaten‘“, kommentierte die Situation EU-Chefdiplomat Josep Borrell am Sonntag auf Twitter. Die von Moskau erhobenen Vorwürfe „unfreundlicher Handlungen“ bezeichnete er als unbegründet und äußerte seine volle Solidarität mit Tschechien und den USA.

„Wir fordern Russland auf, seine Entscheidung zu überdenken, um eine weitere Verschlechterung unserer bereits unter Druck stehenden Beziehungen zu vermeiden“, stand in einer Pressemitteilung der EU.

Ein solches Dekret sei zudem unvereinbar mit dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961, hieß es weiter.

Die russische Regierung hat am Freitag eine Liste von Staaten veröffentlicht, die unfreundliche Handlungen gegenüber Russland begehen. Darauf sind zwei Länder – die USA und die Tschechische Republik – verzeichnet. Mit dieser Einstufung gehen Einschränkungen für die diplomatischen Vertretungen dieser Länder einher, etwa zur Beschäftigung von russischen Bürgern.

Ende April sprach der russische Außenminister Sergej Lawrow über die Vorbereitungen einer solchen Liste. Sie werde nach einer tiefgehenden Analyse der Situation beschlossen. Doch das sei kein „totes Papier“, so Lawrow, die Liste könne je nach Entwicklung der Beziehungen mit den jeweiligen Ländern in der Zukunft revidiert werden.

Streit mit Washington und Prag

Die USA hatten im April zehn russische Diplomaten ausgewiesen und neue Sanktionen eingeführt, als Strafe etwa für eine Einmischung in die Präsidentenwahl 2020 und für Hackerangriffe. Laut dem russischen Außenministerium entspricht Washingtons Sanktionskurs nicht den Interessen der Völker der beiden Länder. Einen Tag später verkündete das russische Außenamt Gegenmaßnahmen.

Tschechien hatte russischen Geheimdiensten Mitte April vorgeworfen, hinter der Explosion im Munitionslager im tschechischen Vrbetice im Jahr 2014 zu stecken. In diesem Zusammenhang verwies Tschechien 18 russische Diplomaten des Landes. Moskau wies den Vorwurf zurück und erklärte als Reaktion 20 Mitarbeiter der tschechischen Botschaft für unerwünscht.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/0b/1228148_20:0:980:540_1440x0_80_0_0_1c51d16865870a2d3653a218f9d952b9.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 16.05.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 15. auf den 16. Mai, wurden **acht Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 108. Bataillons der 10. Gebirgsschirmbrigade von den Positionen im Gebiet von Gladossowo aus auf Befehl des Brigadekommandeurs Kotlik **Dolomitnoje** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen und 27 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando des Brigadekommandeurs Kaschtschenko von den Positionen des 13. Bataillons im Gebiet von Perwomajskoje aus **Losowoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 29 Granaten abgefeuert. Von den Positionen des 16. Bataillons in Opytnoje aus haben die Strafruppen der 58. Brigade **Wesjoloje** beschossen und vier Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert, aus dem Gebiet von Peski wurden zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Losowoje** abgefeuert.

Die Strafruppen eines Panzergrenadierbataillons der 93. mechanisierten Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Starognatowka aus auf Befehl des Brigadekommandeurs Bryshinskij 24 Granaten mit automatischen und Antipanzergrenatwerfern auf **Petrowskoje** abgefeuert. Außerdem wurden von den Positionen des 3. Bataillons aus Richtung Bogdanowka acht Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf **Nowolaspa** abgefeuert. Kämpfer des 3. Bataillons der 38. Brigade unter Kommando Martschenkos haben aus Richtung Marjinka das Gebiet von **Alexandrowka** mit automatischen Granatwerfern beschossen und sechs Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen des 2. Bataillons der 128. Brigade vom Gebiet bei Schiroke aus auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk **Besymennoje** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und sieben Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der BFU festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Gebirgsschirmbrigade unter Kommando des Brigadekommandeurs Kotlik von den Positionen im Gebiet von Nowgorodskoje aus **Schirokaja Balka** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen und zehn Mörsergeschosse abgefeuert.

Der Versuch der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, wurde ein weiteres Mal von der ukrainischen Seite im GZKK

ignoriert.

Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen elf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 10. Gebirgss Sturmbrigade:

zwei Schützenpanzer am nördlichen Rand von Datscha.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Kamenka.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet in Bogdanowka;

zwei Schützenpanzer in der Tschechow-Straße in Beresowoje.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen am südöstlichen Rand von Newskoje;

drei Schützenpanzer in der Kosmonautenstraße in Slawnoje.

Um die Entdeckung verbotener Waffen von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte zu verhindern und die Durchführung technischer Arbeiten zur Vervollkommnung der Positionen zu verheimlichen, nutzt die ukrainische Seite aktiv Einheiten der

elektronischen Kriegsführung in der OOS-Zone und blockiert die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So wurde festgestellt, dass in den Verantwortungsbereichen der 10., 93. und 128. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Stationen zur Funkblockade von Leitungs- und Navigationskanälen von Drohnen „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppe des 20. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Stepanowka, Iwanopolje, Artjomowo, Leninskoje, Bogdanowka und Pischtschewik eingesetzt wurden.

Der aktivste Einsatz von Stationen der elektronischen Kriegsführung ist im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgss Sturmbrigade festzustellen, wo nach unseren Informationen direkt drei mobile Gruppen des 20. Bataillons für elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte eingesetzt sind, die innerhalb eines Tages sieben mal die Leitungssignale von Drohnen der OSZE blockiert haben, in einem Fall konnten die Vertreter der Mission angesichts der ständigen Funkstörungen bei beiden GPS-Modulen die Drohne nicht einmal starten.

Außerdem bemerken wir nicht zu ersten Mal Schüsse auf eine Drohne der OSZE von Seiten von Kämpfern der 93. Brigade, die dieses Mal versuchten, eine Drohne im Gebiet von Tschermalyk abzuschießen.

Es muss angemerkt werden, dass die OSZE-Mission die ukrainische Seite zuvor über die Flüge von Drohnen in diesem Gebiet informiert hat, was von geplanten Provokationen gegen die Mittel der internationalen Beobachter zeugt.

Im Verantwortungsbereich der 93. und 28. Brigade der BFU führt der Gegner Maßnahmen zur **Verstärkung von Minensperren** durch, was direkt das Leben und die Gesundheit der Bürger bedroht. Wir haben eine Verminumg von Örtlichkeiten mit Antipanzermine TM-62 in unmittelbarer Nähe zu allgemeinen Straße und Wohngebieten in den Gebieten von Marjinka und Bogdanowka bemerkt, wo der Gegner 270 Minen installiert hat.

Außerdem hat eine Drohne der OSZE ein weiteres Mal **zwei Soldaten der 93.**

mechanisierten Brigade auf den ehemaligen Positionen der BFU auf dem Trennungsabschnitt im Gebiet von Bogdanowka festgestellt.

Die **Reihe nicht kampfbedingter Verluste** in den Einheiten der BFU in der OOS-Zone geht weiter.

Nach uns vorliegenden Informationen erlitt gestern ein Kämpfer der 128.

Gebirgss Sturmbrigade, der Soldat Krutjko, infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe eine Schussverletzung im Bereich des rechten Unterarms. Ohne sich irgendetwas Neues auszudenken, stellte der Brigadekommandeur Gontscharuk diesen Fall als Verletzung durch Beschuss von Seiten der Volksmiliz dar.

Nach Angaben unserer Aufklärung **plant das Kommando der ukrainischen Streitkräfte Provokationen in Richtung Donezk**. Zu deren Umsetzung hat der Kommandeur der 72. Brigade Bogomolow den Befehl erteilt, eine Drohne vom Typ Quadrokopter, die mit einer selbstgebauten Sprengeneinrichtung gefüllt mit einer brennbaren Masse versehen ist, vorzubereiten. Zum Transport der Drohnenmannschaft ist geplant, ein Auto mit Symbolen des GZKK einzusetzen. Wir lenken die Aufmerksamkeit der internationalen Beobachter auf die kriminellen Absichten des ukrainischen Kommandos.

de.rt.com: **Moskau: Russlands Gasreserven reichen noch für 100 Jahre**

Die russische Regierung hat ihre offizielle Langzeitschätzung für die Kohlenwasserstoffreserven auf über ein Jahrhundert Jahre erhöht. Man plant, die Ressourcengewinnung in der arktischen Region auszubauen, die 72 Prozent der Erdgasvorkommen des Landes umfasst.

Russlands Erdgasvorräte werden laut dem russischen Minister für natürliche Ressourcen und Ökologie Alexander Koslow für noch mindestens 100 Jahre ausreichen. In einem Interview mit der Wirtschaftszeitung RBK sagte der Minister:

"Die Vorräte aller Erdölreserven bei der gegenwärtigen Förderrate betragen 59 Jahre, bei Erdgas sind es 103 Jahre."

Dies ist eine optimistischere Zahl als jene, die Koslows Vorgänger Sergei Donskoi in einem Interview im Jahr 2017 verkündet hatte. Damals schätzte er, dass die Ölreserven bestenfalls für 57 Jahre reichen würden. Darüber hinaus wies Donskoi darauf hin, dass sich diese Schätzung auf Vorkommen bezieht, die "theoretisch" gefördert werden könnten. Das Vorkommen reiche eher für 28 Jahre, wenn man die nachgewiesenen Reserven betrachte, bei denen die genauen Standorte und Mittel zur Förderung bekannt seien, so der Politiker damals. Hingegen betonte Koslow, die aktuelle Schätzung von 103 Jahren sei eine Gesamtbilanz und fügte hinzu, dass "es an einigen Stellen Ölvorkommen gibt, die erschöpft sind, während andere noch nicht voll ausgeschöpft sind". Er räumte ein, dass mehr geologische Untersuchungen durchgeführt werden müssen, um insbesondere in entlegeneren Gebieten ein genaueres Bild der Öl- und Gasvorkommen zu erhalten.

Einer dieser schwer zugänglichen Orte ist die russische Arktis, in der sich fast 25 Prozent der förderbaren Ölreserven und 72 Prozent der Erdgasvorkommen des Landes befinden. Da Experten voraussagen, dass die Öl- und Gasexporte aus der Region in den kommenden Jahren zunehmen wird, hat die russische Regierung neuerdings ihre Aufmerksamkeit auf die Nördliche Seeroute gerichtet, die durch die Arktis führt.

Koslow sprach in dem Interview von der Wichtigkeit der Entwicklung dieses Seewegs, von dem Russland hofft, dass er eines Tages den Suezkanal für den Transport von Kohlenwasserstoffen und Metallen aus dem eisigen Norden ersetzen wird.

Der Nördliche Seeweg, der auch als Nordostpassage bekannt ist, würde einen kürzeren Weg für russische und europäische Exporte nach Japan, Südkorea und China bieten als der ägyptische Suezkanal. Dieser geriet im März dieses Jahres in die Kritik, nachdem ein Containerschiff dort auf Grund gelaufen war und Milliardenverluste verursachte.

Russlands Energieminister Alexander Nowak lud im vergangenen Jahr Vertreter der BRICS-Mitgliedsstaaten Brasilien, Indien, China und Südafrika ein, sich an gemeinsamen Erkundungsprojekten in Russlands arktischer Region zu beteiligen. Er erklärte, dass "auf dem Territorium der arktischen Zone riesige Reserven an Kohlenwasserstoffen konzentriert sind, die auf Milliarden Tonnen Öl und zehn Billionen Kubikmeter Gas geschätzt werden". Nowak merkte an, dass die Nordostpassage, die im Vergleich zu anderen Routen kürzer ist, für Russland einen Wettbewerbsvorteil bei der Umsetzung von Öl- und Gasprojekten in der Arktis



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.05/article/609d1c4848fbef5c61669bdb.JPG>

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

Nach Angaben der Beobachter der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **drei Verletzungen des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In **Richtung Popasnaja** haben Strafruppen des 2. Bataillons der 92. Brigade auf Befehl Fedossenkos zweimal das Gebiet von **Molodjoshnoje** und einmal das Gebiet von **Solotoje-5** mit Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen und dabei mehr als 70 Granaten abgefeuert. ...

snews.de: **Britisches Patrouillenschiff „Trent“ läuft ins Schwarze Meer ein**

Das britische Patrouillenschiff „Trent“ ist laut einer Mitteilung des russischen Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement ins Schwarze Meer eingelaufen.

Mittel und Kräfte der Schwarzmeerflotte würden die Handlungen des Patrouillenschiffs der britischen Kriegsmarine verfolgen, teilte die dem russischen Verteidigungsministerium unterstellte Zentrale mit.

Schiffe der Nato-Staaten halten sich regelmäßig im Schwarzmeerraum auf. So hält sich seit Dienstag das französische Patrouillenschiff „Commandant Birot“ im Schwarzen Meer auf. Kurz nachdem es eingelaufen war, verließ die „USS Paul Hamilton“ das Wassergebiet. Dieses Schiff hatte zuerst vor der Küste Georgiens und dann der Ukraine eine Marineübung durchgeführt.

Zudem hatte erst am Mittwoch ein Su-27-Kampffjet der russischen Luftverteidigungskräfte abgehoben, um drei Maschinen der französischen Luftwaffe über dem Schwarzen Meer zu begleiten. Diese wurden vom Piloten der Su-27 als taktische Flugzeuge des Typs „Mirage 2000“ und ein Tankflugzeug C-135 der französischen Luftwaffe identifiziert.

In den letzten Jahren hat Russland wiederholt die beispiellose Aktivität der Nato in der Nähe seiner Grenzen gemeldet. Das Bündnis erweitert seine Anstrengungen und nennt dies „Eindämmung der russischen Aggression“. Das russische Außenministerium erklärte, dass Moskau die Bestrebungen der Nato in seiner Außenpolitik und seiner militärischen Planung berücksichtigen werde. Der Kreml betonte wiederum, dass Russland niemanden bedrohen würde, aber die Maßnahmen, die möglicherweise für seine Interessen gefährlich seien, nicht außer Acht lassen werde.

Die Präsenz der Kriegsschiffe von Nichtanrainern im Schwarzen Meer wird durch den Vertrag von Montreux aus dem Jahr 1936 geregelt. Gemäß dieser Vereinbarung dürfen die besagten Kampfschiffe sich höchstens drei Wochen am Stück im Schwarzen Meer aufhalten. Es sind insgesamt neun Schiffe von Nichtanrainern mit einem Gesamteinsatzgewicht von

maximal 30.000 Tonnen zum zeitgleichen Aufenthalt im Schwarzen Meer zugelassen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/04/16/1822500_0:229:1000:792_1440x0_80_0_0_55005ec524fe347b72a418ee2a99a1ec.jpg